

# 27 Jahre illegal beschäftigt

## Arbeitgeber muss 100 000 Euro Abgaben nachzahlen

Von Hubertus Hartmann

Soest (WB). Ein Fabrikantenehepaar aus dem Kreis Soest hat seine Haushaltshilfe 27 Jahre illegal arbeiten lassen – ohne dass die Frau das wusste.

Jetzt muss der Arbeitgeber weit über 100 000 Euro Sozialabgaben nachzahlen.

Maria M. war die Perle des Hauses. Sie hielt die Villa in Ordnung, putzte und kochte, machte die Wäsche für die gesamte Familie. Ihren Lohn erhielt sie immer bar ausbezahlt.

Erst eine schwere Krankheit warf die heute 65-Jährige 2007 aus der Bahn. An Arbeit war nicht mehr zu denken, ihr Rentenantrag wurde sofort bewilligt. Doch als sie den Bescheid der Deutschen

Rentenversicherung erhielt, konnte die gute Frau es kaum fassen: Nur 280 Euro sollten ihr zustehen. Es stellte sich heraus, dass während ihrer gesamten Tätigkeit in dem Unternehmerhaushalt nichts in die Rentenkasse einbezahlt worden war. In ihrer Not und Enttäuschung wandte sich Maria M. an den Bad Lippspringer Rechtsanwalt Olaf Schmitz. »Da die Mandantin stets schwarz entlohnt worden ist, war der Nachweis der Arbeit

für einen derart langen Zeitraum natürlich äußerst schwierig«, sagt der Anwalt. Er entschloss sich zur Zusammenarbeit mit Polizei, Staatsanwaltschaft und den Ermittlern des Rentenversicherungsträgers. Tatsächlich gelang es, genügend Beweise und Zeugen zu

finden, um Forderungen gegen den Arbeitgeber geltend zu machen. Der erklärte sich schließlich zur Nachzahlung der Sozialabgaben für 27 Jahre bereit. »Jetzt bekommt meine Mandantin immerhin eine Rente von 580 Euro«, berichtet Rechtsanwalt Schmitz.

»Die Ansprüche des Arbeitnehmers verjähren erst nach 30 Jahren.«

Anwalt Olaf Schmitz

Maria M. hatte Glück, dass noch keine Verjährung eingetreten war. »Wenn ein Arbeitgeber Sozialabgaben vorsätzlich nicht abführt, verjährt der Anspruch des Sozialversicherungsträgers erst nach 30 Jahren«, erläutert der Anwalt.

Das Strafverfahren gegen den Arbeitgeber ist inzwischen gegen Zahlung einer Geldbuße eingestellt worden. Deren Höhe wollte die Staatsanwaltschaft Arnberg nicht nennen.